

Der Weg der Demokratie ist der Weg des Friedens

Rede von Bürgermeister Arnim Roß
gehalten anlässlich des Volkstrauertages am 19. November 2023

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich begrüße Sie im Namen der Gemeinde Kaufungen und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Gedenkfeier am Volkstrauertag am Mahnmahl Oberkaufungen.

Jedes Jahr am Volkstrauertag erinnern wir öffentlich und gemeinsam, als Gemeinschaft, als Volk an die dunklen Seiten unserer Geschichte, die beiden Weltkriege und den Nazi-Terror, den Holocaust an den Juden in Europa und die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat. Wir gedenken 10 Millionen Toter im ersten Weltkrieg und 60 Millionen im zweiten.

Viele Jahre war dabei der Krieg für uns hier in Deutschland, in Kaufungen, weit weg und wenn wir über Gewalt sprachen, dann sprachen wir z.B. über Gewalt in unserer Gesellschaft oder über Angriffe von Neofaschisten auf Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Seit dem Beginn dieses Jahrzehnts, also der zwanziger Jahre, beschäftigen uns am Volkstrauertag schwere weltweite Krisen, die sich bis in unser Gemeindeleben und bis in unser persönliches Leben auswirken. Mit der Pandemie hat es begonnen.

Im letzten Jahr war es der Krieg in der Ukraine, wo der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf sein Nachbarland kriegerische Handlungen wieder auf unseren Kontinent gebracht hat. Eine neue Form des kalten Krieges brach aus und die Gefahr eines Atomkrieges in Europa wurde wieder real.

Die Unterbringung der vielen Menschen, die aus der Ukraine fliehen und zu uns kommen, beschäftigt uns in den Kommunen. Die wirtschaftliche Krise, die der Krieg ausgelöst hat, betrifft uns als Gemeinde und persönlich.

Unser Gemeindehaushalt wird enger. Pläne und Ziele, die wir hatten für die Entwicklung des Ortes, müssen wir überarbeiten, strecken, Prioritäten neu setzen. Die Inflation erschwert unser aller Lebenssituationen und bringt viele an die Grenzen des Möglichen, lässt sie um die Sicherung ihrer Existenz bangen. Die Drohung einer Gasmangellage hat uns durch den gesamten letzten Winter begleitet.

Seit einem guten Monat sehen wir uns nun mit einem neuen großen Krisenherd konfrontiert durch den Krieg im Nahen Osten. Es ist keine Frage für mich, dass Israel sein Existenzrecht verteidigen darf. Und die Terroranschläge der Hamas sind absolut zu verurteilen. Und zu verurteilen ist auch, wenn dritte Staaten sie unterstützen, mit Geld oder mit Waffen.

Aber wie in der Ukraine leidet auch hier insbesondere die Zivilbevölkerung darunter, in Israel und in Gaza. Sie zu schützen geht alle Beteiligten an. Das ist ein Gebot des für alle geltenden Völkerrechts.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit Blick auf all das fragen wir uns: Was passiert hier am Beginn dieses Jahrzehnts, einem der ersten Jahrzehnte des neuen Jahrhunderts. Wird so das 21. Jahrhundert aussehen?

Die Diktaturen sind wieder auf dem Vormarsch und treten mit großer Aggressivität auf. Und parallel dazu auch Parteien mit autoritärer Gesinnung in unseren europäischen und amerikanischen, in unseren westlichen Demokratien. Das gilt auch für Deutschland in Form der AfD und ihrer Wahlergebnisse.

Unsere Demokratien und unsere Werte werden bedroht. Wenn Trump in den USA noch einmal Präsident werden sollte, droht dort ein autoritäres Regime. Es ist zu befürchten, dass er dann viel radikaler vorgeht, als in der ersten Wahlperiode. Die größte Demokratie der Welt steht dann auf dem Spiel.

Und auch bei uns darf man die Entwicklungen nicht unterschätzen. Die AfD ist eine autoritär ausgerichtete Partei. Einzelne Landesverbände sind zwischenzeitlich als rechtsextrem eingestuft worden und stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Es gibt eine Bedrohung auch für unsere Demokratie.

Das alles muss hier und heute so benannt werden. Denn die schlimmen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts, wegen derer wir hier stehen, wurden nicht von einem demokratischen Deutschland ausgelöst, sondern von einem diktatorischen Kaiserreich und einem faschistischen Regime. Wehret den Anfängen, ist eine alte Warnung. Die habe ich schon von meinen Eltern mitgenommen und immer öfter fällt sie mir in diesen Zeiten wieder ein.

Aber warum ist das so? Warum bekommen diejenigen, die die Freiheit einschränken wollen, Zulauf in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern und in den USA? Wegen der einfachen Antworten? Sind wir oder viele von uns mit der Komplexität der Bedrohungslagen überfordert?

Ganz zweifellos erkennen wir immer mehr, wie groß die Herausforderungen sind und dass die Dinge miteinander zusammenhängen. Insbesondere beim Klimawandel ist es so, der uns in vielfältiger Weise bedroht und uns eigentlich ein schnelles, umfassendes Handeln abfordert sowie Umstrukturierungen in der Gesellschaft, in unseren Produktions- und Lebensweisen, die tiefer gehen als alles, was wir bisher gekannt haben. Das spüren wir. Und wir erleben, dass niemand dafür Patentlösungen hat, bei denen wir uns beruhigt zurücklehnen und sagen könnten, ‚die machen das‘ und ‚es wird schon‘. Permanent wird um den besten Weg gerungen, insbesondere in den politischen und ökonomischen Debatten.

Diese Komplexität wird in den autoritären Ansätzen auf fälschliche und gefährliche Weise reduziert bis hin zur Leugnung des Klimawandels. Die Sehnsucht nach einfachen Lösungen und die Unsicherheit vor den notwendigen Veränderungen nutzen sie aus. Doch wehret den Anfängen.

Es ist zweifellos schwer, in einer liberalen Gesellschaft mehrheitsfähige Lösungen in einem offenen Diskurs zu erarbeiten. Aber es geht nicht anders. Die Demokratie lebt von der Standhaftigkeit der Demokratinnen und Demokraten und von ihrem festen Willen, diesen Weg zu gehen, auch wenn er mühsam und anstrengend ist, uns etwas abfordert und vielleicht auch oft lange dauert.

Der Weg der Demokratie ist dabei auch der Weg des Friedens. Frieden ist mehr, als die Abwesenheit von Krieg. Wo Menschen unterdrückt werden, herrscht kein Friede. Eine friedliche Gesellschaft ist eine freiheitliche Gesellschaft. Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander.

Die Anerkennung der Würde und Menschenrechte meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das Wesen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und die Anerkennung des gleichberechtigten Existenzrechtes der Völker ist ein wesentlicher Kern demokratischer Staatsauffassung.

Darum dienen autoritäre Staaten, autoritäre Regierungen nicht dem Frieden. Denn es gibt nur Frieden auf der Welt, wenn die Völker und Staaten sich gegenseitig respektieren und gegenseitig ihr Existenzrecht zugestehen.

Und deshalb beginnt die Arbeit für den Frieden mitten in unserer Gesellschaft, mitten in unserer Gemeinde, mitten unter uns, indem wir unsere Demokratie schützen, an die verheerenden Folgen von Kriegen, von Unrecht, Leid und Unterdrückung erinnern und uns einmischen. Ein nachhaltiges friedenspolitisches Zeichen und eines der Einmischung haben wir in Kaufungen in diesem Jahr mit der Eröffnung des Friedenspfades gesetzt.

„Frieden versteht sich nämlich als eine bleibende Aufgabe. Er ist ein dynamisch-kontinuierlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit mittels Recht und Dialog“, schreibt Bischof Overbeck zum diesjährigen Volkstrauertag.

Daran sollten wir uns nicht nur am Volkstrauertag erinnern, sondern an jedem Tag. Und wenn der heutige Tag dazu dient, dass dies wieder stark in unser Bewusstsein rückt und unsere Bereitschaft stärkt, dafür einzutreten, hat der Volkstrauertag 2023 für mich seine Aufgabe erfüllt.